

# Reformen 2001 – wann sonst?



Thomas Straubhaar

Zweifelsfrei war 2000 ein gutes Jahr für Deutschland. Erstmals seit einer Dekade steht beim Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts wieder eine 3 vor dem Komma. Die Inflationsgefahren hielten sich in Grenzen. Gemessen an der Kernrate blieb der Preisauftrieb moderat bei rund 1½%. Die Beschäftigungslosigkeit erreichte den niedrigsten Stand seit 1995. Die Arbeitslosenzahl ging gegenüber dem Vorjahr um gut 200 000 zurück. Hohes Wachstum bei geringer Inflation und steigender Beschäftigung also: Hat die New Economy nun doch auch Old Germany erreicht?

Ein Optimist würde sagen: Die Trendwende ist geschafft. Das Wachstum der Wirtschaft bleibt auch 2001 robust bei 2½%-3%. Auch für 2002 gibt es keinen Grund zu konjunkturellen Sorgen. Nachdem Anfang 2001 die Ölpreise wieder in das Band von 22 bis 28 \$ je Barrel gefallen sind, sich der Euro deutlich über 90 US-Cents stabilisiert hat und keine kostentreibenden Lohnverhandlungen anstehen, dürfte kaum ein Inflationsdruck aufgebaut werden. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt weiter zu, die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück.

Ein Realist wird sich über die vielversprechenden konjunkturellen Voraussetzungen freuen. Er wird sich jedoch der Meinung des Sachverständigenrates anschließen, „dass der günstige Konjunkturverlauf nicht gleichzusetzen ist mit einer Wachstumsdynamik aus eigener Kraft, wie sie gebraucht wird, um im härter gewordenen Wettbewerb auf globalisierten Märkten bestehen und auf Dauer Realeinkommenssteigerungen bei zunehmender Beschäftigung realisieren zu können“. Noch immer liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 9,6%. Noch immer gibt es 3,9 Mill. Arbeitslose. Unter Einbeziehung der verdeckten Arbeitslosigkeit ergibt sich für Deutschland noch immer eine Arbeitslosenquote von über 13%, was knapp 5,7 Mill. Menschen entspricht.

Ein Pessimist wird darauf verweisen, dass trotz vorzüglicher konjunktureller Rahmenbedingungen, trotz der Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer(innen), trotz der zunehmenden Öffnungsklauseln für eine Abweichung von den Tarifvertragsbestimmungen beim Lohn und bei der Arbeitszeit zur Beschäftigungssicherung die strukturelle Sockelarbeitslosigkeit viel zu hoch bleibt. Trotz relativ hohen Wachstums ging im Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit nur marginal zurück. Was sind schon 200 000 Rückkehrer auf den Arbeitsmarkt, wenn knappe 4 Mill. weiterhin draußen bleiben müssen? Zudem haben Sonderfaktoren das Beschäftigungsbild 2000 aufgeheitelt. Dazu gehört die Neuregelung der Beschäftigungsverhältnisse auf 630-DM-Basis. Geringfügig Beschäftigte werden nun von der Erwerbstätigenstatistik erfasst. Mit zukunftsfähigen Reformen, die den deutschen Arbeitsmarkt fit machen für das 21. Jahrhundert, hat diese statistische Kosmetik nichts zu tun.

In der Tat gibt es gute Belege dafür, dass die günstige konjunkturelle Lage missbraucht wird, um selbstzufrieden Felle an wählerstarke Interessengruppen zu verteilen, ohne vorher die Bären zu erlegen. Im politökonomischen Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Reformfordernissen und gesellschaftlichen Schutzbedürfnissen dominieren in Deutschland letztere wieder stärker. Die Bundesregierung will die befristeten Arbeitsverträge einschränken, einen Anspruch auf Teilzeitarbeit gesetzlich festschreiben und mehr betriebliche Mitbestimmung durchsetzen. Genauso, wie schon bei der Green Card eine an sich gute Idee

durch die konkrete administrative Ausgestaltung torpediert wurde, erfolgt mit diesen Revisionen eine schleichende Reregulierung des deutschen Arbeitsmarktes.

Die erneute Wiederholung alter Weisheiten mag langweilen. Aber nur steter Tropfen vermag den Stein zu höhlen. So sei denn an dieser Stelle wiederholt, was Sachverständige nahezu unisono nicht müde werden aufzuzeigen: Die Dynamik der New Economy verlangt einen Abbau alter Fesseln und nicht ein zusätzliches neues Geflecht lästiger Stolperfallen. Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist und bleibt – auch im internationalen Vergleich – unerfreulich. Zur Selbstzufriedenheit besteht somit überhaupt kein Anlass. Wann sonst, wenn nicht in konjunkturell günstigen Zeiten müssen die Reformschritte gegangen werden, um so die strukturelle Arbeitslosigkeit wirklich substanziell abzubauen und nicht nur graduell zu verbessern?

Der solide konjunkturelle Gang der Wirtschaft in diesem und nächstem Jahr schafft die möglicherweise nicht so rasch wiederkehrende, vielleicht sogar schon letzte Gelegenheit, die Weichen für wirtschaftliche Reformen zu stellen, die Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad bringen. Gelingt dieser strukturelle Kraftakt, stehen die Chancen gut, dass Deutschland entscheidend mit dazu beiträgt, dass das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu einer europäischen Dekade werden könnte. Misslingt er, dürfte die Spanne zwischen dem, was wirtschaftlich dringlich zu tun wäre und dem was tatsächlich getan werden kann, immer breiter werden. Dann wird 2001 als ein Jahr der verpassten Chancen in die Wirtschaftsgeschichte eingehen.

Der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute haben immer wieder auf die Reformerfordernisse hingewiesen. Was mit „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ etwas abstrakt daherkommt, wird durch Forderungen nach weitergehenden Öffnungen der Tarifverträge, stärkerer Lohndifferenzierung, gelockertem Kündigungsschutz, schärferen Zumutbarkeitsgrenzen für Arbeitslose, sinkenden Sozialbeiträgen und einem Übergang von Lohnersatz- zu Lohnergänzungsleistungen konkretisiert.

Mit Blick auf die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts verliert die Orientierung an „lebenslangen“ stabilen Leitplanken ihre Bedeutung. In einer immer komplexer werdenden Umwelt wird sich schlicht zu vieles zu rasch ändern. Im Vorteil werden jene Arbeitsmärkte sein, die den strukturellen Wandel sowie die berufliche und räumliche Mobilität begünstigen. Dazu gehören auch Lohnsysteme, die nicht mehr auf Seniorität statt auf Leistung und auf „Input“ (Diplome, Zulassungserfordernisse) statt auf „Output“ ausgerichtet sind. Dazu gehört auch die Abschaffung von Regulierungen auf dem Wohnungsmarkt, die die Immobilität begünstigen und damit die Mobilität behindern. Ähnlich wie die Auftrags- der Befehlsorientierung überlegen ist, verlangt die Zukunft arbeitsmarktliche Regelwerke, die weit stärker als heute Raum für individuelle Verantwortlichkeit schaffen – mit allen Chancen und Risiken. Es geht nicht mehr nur darum, Arbeitnehmer vor künftigen Gefahren zu schützen, sondern vor allem darum, sie zu fördern, neue Herausforderungen offen und selbstbewusst anzupacken.

Die Liste an ökonomisch sinnvollen Vorschlägen zu grundsätzlichen Arbeitsmarktreformen ist Legion geworden. Trotzdem wurde bisher in Deutschland wenig bis nichts davon in die politische Realität umgesetzt. Zu viele fürchten, durch zukunftsfähige neue Strukturen zu viel von ihren Besitzständen zu verlieren. Noch scheint der Bundeskanzler der Meinung zu sein, dass strukturelle Änderungen nicht mehrheitsfähig sind. Vor allem beim grünen Koalitionspartner wächst jedoch der Widerstand gegen die strukturkonservative Beschäftigungspolitik der Bundesregierung.

Eine am Industriezeitalter des 20. Jahrhunderts ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik mag bei der Bundestagswahl 2002 tatsächlich gerade noch eine Mehrheit versprechen. Für Deutschland und die künftigen Beschäftigungschancen in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts kann sich dieser politische Erfolg hingegen später rasch als Pyrrhussieg erweisen. Dann nämlich, wenn bei schlechterem konjunkturellen Verlauf plötzlich jene Maßnahmen doch zu vollziehen sein werden, die heute noch aufschiebbar scheinen. In schlechten Zeiten sind strukturelle Änderungen viel schwieriger durchzuführen. In der Geschichte finden sich genügend Beispiele, dass Reformverweigerung zu einem sich selbst verstärkenden Teufelskreis von zunehmender Reformnotwendigkeit und schwindender Reformfähigkeit bis hin zu einem Kollaps einer Volkswirtschaft führen kann.